

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Band:** 26 (1947)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Zwei Reden über "Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit"  
**Autor:** Reinhard, Ernst / Spühler, Willy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-335673>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

26. Jahrgang

JANUAR 1947

Heft 1

## *Zwei Reden über „Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“*

### *a) Votum von Ernst Reinhard<sup>1</sup>*

Herr Präsident, meine Herren!

Es ist in der Kommission, in diesem Rate und in der Öffentlichkeit über die Entstehung der Initiative manches Schiefe gesagt worden. Wenn man die Initiative wirklich verstehen will, so muß man auf das Jahr 1942 zurückgehen. Es war im Frühling 1942, als die außenpolitische Lage unseres Landes sehr gefährlich war, als sich die Arbeiterschaft sagte, daß ihr Widerstandswille nicht durchhalten werde und daß er jedenfalls nicht gesteigert werden könne, wenn als Aussicht, als Ziel des Kampfes die Wiederherstellung der alten Zustände in unserm Lande im Vordergrund stehe. Wir kamen eben aus einer Periode heraus, da eine kurze Wohlfahrtszeit abgelöst worden war durch eine lange Epoche der Krise, der Arbeitslosigkeit. Es ist heute von Ihnen vielleicht vergessen worden, was diese Periode an Leiden, an seelischen Enttäuschungen für große Kreise unseres Volkes mit sich brachte. Nur wer damals die Arbeitslosenheere vor den Arbeitsämtern verzweifelt stehen gesehen hat, der begreift, welches Wunder sich eigentlich ereignete, als im Krieg die Arbeiterschaft dem bedrohten Staate nicht gleichgültig gegenüberstand. Nur wer damals auch erlebte, wie die Handwerker und Bauern von der Krise zermürbt und erschüttert wurden, kann das weitere Wunder erfassen, daß auch diese Kreise während des Krieges ihren Widerstandswillen nicht aufgaben. Es war damals unsere Pflicht, dem Volke ein höheres Ziel zu zeigen als die Rückkehr zu den alten Zuständen. Das

<sup>1</sup> Nationalrat, 12. Dezember 1946, nach Stenogramm, etwas gekürzt.

war damals nicht nur die Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Es war die Überzeugung weiter Kreise des Bürgertums. Die Arbeiterschaft hat im Krieg als einzige Schicht eine Minderung ihres Einkommens auf sich genommen. Ihr Realeinkommen ist gesunken. Sie hat auf Lohnkämpfe verzichtet und hat während des Krieges dem Bundesrat als Bedingung des Durchhaltens keine diktatorischen Zumutungen gestellt. Die Arbeiterschaft hat weiter während des Krieges bewiesen, daß sie die national zuverlässigste Truppe gewesen ist. Es hat in den Reihen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterschaft keine Verräter gegeben. Mögen die Herren, die heute diese Dinge glattweg vergessen haben, sich daran erinnern, was man damals der Arbeiterschaft versprochen hat. Ich könnte in diesem Saale Zeugen nennen, die damals gesagt haben, man werde der Arbeiterschaft das, was sie während des Krieges geleistet habe, nicht vergessen, Zeugen, die gerührt erklärt haben, daß dieses Wunder des Durchhaltewillens der Arbeiterschaft für sie das große Erlebnis dieses Krieges gewesen sei.

In dieser Lage ist in der bernischen Arbeiterschaft zunächst der Gedanke aufgekommen, man müsse die Schweiz sozial und kulturell umbauen. Es waren nicht die schlechtesten Kreise des Bürgertums, die mit uns damals erkannt hatten, daß man wirklich im Krieg den Weg von der alten Schweiz mit ihren schweren Schäden zu einer neuen, jungen und starken Schweiz finden müsse. Darum berührt es mich heute eigentlich beschämend, wenn der Referent der Kommission nichts anderes zu tun weiß, als dasjenige, was während des Krieges der Arbeiterschaft versprochen wurde, für die Schaffung eines neuen Staates, einer neuen, jungen, starken Schweiz, als Vorwurf der Arbeiterschaft entgegenschleudern, wenn die ganze traurige Argumentation des Herrn Haerberlin aufgebaut wird auf dem Schlagwort: Wir Bürgerlichen wollen von der neuen Schweiz nichts wissen. Wollen Sie denn mit der alten Schweiz dauernd verbunden bleiben, die den Bauern und Arbeitern während der letzten Krisenjahre die schwersten Enttäuschungen gebracht hat? Damals, als es wirklich galt, den Widerstandswillen des Volkes zu heben, hat die Arbeiterschaft den Beschluß gefaßt, diese Initiative und dieses Programm zu lancieren. Wir waren uns bewußt, daß manches Alte fallen müsse, manches Ungerechte dem Gerechten, manches Faule dem Gesunden weichen müsse. Wir haben uns gar nicht gescheut und scheuen uns auch heute nicht, hier zu erklären, daß dieses Streben im Grunde genommen revolutionär sei. Was aber macht Herr Dr. Haerberlin für einen Nachkappenschauder aus dem Wort «revolutionär»? Er gibt dem Wort den alten Heugabelsinn. Als ob nicht heute die ganze Welt im Umbruch begriffen wäre, als ob nicht die Schweiz sich demjenigen nicht entziehen

könnte, was fieberhaft durch das ganze vom Krieg zerrüttete Europa geht, nämlich der Wunsch und Wille zu neuen Staaten, neuen Horizonten und neuen, großen Idealen!

Ich kann nicht ohne innere Erschütterung an dasjenige denken, was man uns im Jahre 1942 versprochen hat und was man im Jahre 1946 glattweg ableugnet. Revolutionär! Ich gebe mich darüber keinen Illusionen hin, daß im Kampf gegen diese Initiative die alte Demagogiewaffe Triumphe feiern wird. Ich täusche mich darüber nicht hinweg, daß man uns so wenig etwas ersparen wird, wie man der Duttweiler-Initiative etwas erspart hat, die man fälschlicherweise als Ursache unserer Initiative bezeichnete. Ich will Ihnen offen sagen, ich habe in diesen Kampf keinen Spieß getragen, und zwar deswegen, weil ich mich ehrlich geschämt habe ob des traurigen Flugblattes, das das Aktionskomitee gegen die Duttweiler-Initiative herausgegeben hat. Sie werden dasjenige, was Sie gegen die Duttweiler-Initiative losgelassen haben, zweifellos auch gegen unsere Initiative in verstärktem Maße loslassen. Ich frage mich, ob die Herren sich Rechenschaft geben über das, was geschehen wird. Ich habe eben vorhin die Parole gehört, man müsse jetzt Platz machen für die Wirtschaftsartikel; nachdem die Duttweiler-Initiative gefallen sei, müsse auch die vorliegende Initiative zu Fall gebracht werden. Es wurde in literarischen Anfällen Busch zitiert: «Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt so gleich.» Ich weiß nicht, ob Herr Condrau sich in der Rolle des Max oder des Moritz gefühlt hat. Wenn Sie aber am Tage der Abstimmung über die Initiative vor einem Scherbenhaufen stehen werden, wenn Sie aber am Tage der Abstimmung über die Wirtschaftsartikel vor dem Scherbenhaufen stehen werden, den Sie jetzt anzurichten scheinen, werden Sie vielleicht ein anderes Busch-Wort zitieren, das lautet: «Und die Venus ist perdue, gliggeradong, von Medici.» Vielleicht denkt sich dann der literarische Herr Condrau, man könne auch sagen: «Abgetan ist dieses nun, Julchen kann was andres tun.» Geben Sie sich Rechenschaft über die Art und Weise, wie Sie die Arbeiterschaft hier behandeln? Sie werden damit bei der Arbeiterschaft keine Freunde für Ihre Wirtschaftsartikel werben. Sie bewirken nur, daß wir, selbst wenn wir von der Partei und von den Gewerkschaften aus eine andere Parole ausgeben wollten, einen geschlossenen Block des Widerstandes schaffen, mit dem Sie rechnen müssen, wenn Sie glauben, die Wirtschaftsartikel auf diese Weise durchstieren zu sollen.

Ich habe mich in der Kommission dagegen gewendet, daß man dem leitenden Gedanken der Initiative nichts gegenüberzustellen weiß, als eine Wortklauberei und eine juristische Deckmäntelei schlimmster Art. Ich verhehle mir nicht, daß unsere Initiative etwas anderes will als Sie. Es steht hier Welt-

anschauung gegen Weltanschauung; es geht hier um Gedanken gegen Gedanken, und wir hätten erwarten dürfen, daß in der Botschaft des Bundesrates etwas von diesem ideellen Gedankenkampf zu spüren gewesen wäre. Der Verfasser dieser Antwort des Bundesrates hat von diesem Geiste auch nicht einen Hauch verspürt. Er hat sich darauf beschränkt, mit der Stricknadel Fehlerchen herauszusteichen, juristische Formalitäten aufzuklauben und sie wie ein Schmetterlingsmaler in seinem Schmetterlingskasten der Bundesversammlung vorzuzeigen.

Das ist keine Art, wie man eine Initiative von dieser grundsätzlichen Bedeutung behandeln darf, und wenn Sie einen Grund gehabt hätten, die Botschaft des Bundesrates zurückzuweisen, so wäre es deswegen gewesen, weil Sie dem Bundesrat hätten zutrauen dürfen, daß er dem Gedankengut dieser Initiative sein eigenes Gedankengut klar und deutlich gegenüberstellte. Es hat zwar, offenbar erschreckt über die rein formalistischen Bedenken der Botschaft, Herr Kollege Haerberlin versucht, etwas weiterzugehen, und er hat mit seiner Systematik, die nicht einmal für das erste Semester eines volkswirtschaftlichen Seminars zugänglich wäre, erklärt, hier stünden zwei Systeme einander gegenüber, ein System, das sich aufbaut auf die Initiative des Einzelnen, auf das Individuum, auf die Freiheit, auf der andern Seite das System, das sich aufbaut auf Kollektivismus und Staatswillen und Staatsmacht. Woher kommt ihm solche Weisheit? Er scheint seinen Roepke gut gelesen zu haben, der überhaupt keine Ahnung hat, was Demokratie ist, der aus einem Land kommt, das sich Demokratie nannte, aber nie Demokraten gekannt hat.

Daraus kommt die Weisheit hervor, wenn man auf dieses Gedankengut der Initiative eintrete, dann sei die Folge die persönliche Versklavung, das Untergehen in der Masse, das Aufopfern des Einzelnen dem Staat gegenüber. So wenig ich Anlaß habe, das Gedankengut der Initiative zu verschleiern, so wie ich unbedingt zu dem stehe, was als Gedankengut in der Initiative enthalten ist, und nicht daran denke, irgendwie etwas davon nachzulassen, so muß ich dagegen protestieren, daß auf diese Art dasjenige, was in der Initiative enthalten ist, verdreht und aus seiner Sphäre herausgerissen wird. Es geht uns darum, und das ist das Große der Initiative, die persönliche Freiheit zu retten durch die soziale Sicherheit. Wir haben in Europa zwei Systeme einander gegenübergestellt: das westliche, herrührend aus der Renaissance, das die persönliche Freiheit und Gemeindefreiheit gerettet hat über Jahrhunderte hinaus, und das östliche, das die persönliche Freiheit geopfert hat zugunsten der sozialen Sicherheit. Beide Systeme haben ihre gewaltigen Vorteile und Nachteile. Der Wunsch dieser Initiative war und ist es, die persönliche Freiheit zu retten durch die soziale Sicherheit, nichts anderes wollte sie; sie will

gerade der Persönlichkeit jenen sichern Halt geben, ohne den der wirtschaftlich Schwache seine Persönlichkeit immer aufopfern muß. Die Herren der Kommissionsmehrheit haben nie gespürt, wie furchtbare Gefahren der wirtschaftlich Schwache mit seiner persönlichen Freiheit läuft, sie haben offenbar vergessen, wie in gewissen Gebieten der Schweiz man die Arbeiter früher gezwungen hat, mit dem Fabrikherrn zur Urne zu gehen und dort ihre Stimme abzugeben, wenn sie ihre wirtschaftliche Existenz nicht verlieren wollten. Möge Herr Haerberlin in der Geschichte seiner Partei etwas nachforschen, möge er in den Kanton gehen, aus dem Herr Bundesrat Stampfli stammt, um die Erfahrung zu machen, die man in Grenchen und anderswo mit diesem System der wirtschaftlichen Sklavenhalterei gemacht hat.

Wenn man aber die Erfahrung gemacht hat, wie man die persönliche Freiheit auf Grund der wirtschaftlichen Unsicherheit vernichten konnte, dann begreift man den Wunsch, daß endlich mit diesem System Schluß gemacht werden muß, daß die soziale Sicherheit den Boden bilden muß zur wirtschaftlichen Freiheit. Was verlangen wir denn? Wir verlangen, daß die Wirtschaft Sache des ganzen Volkes sei. Ist das so unerhört? Ist das etwas, was wir nicht verlangen dürfen? Es gehört zum System der Streitschrift der Freisinnigen Partei, die sich fälschlicherweise Botschaft des Bundesrates nennt, daß man vor diesem Prinzip zwar sogar seine Verbeugung macht und erklärt, man sei damit einverstanden, nur nicht so, wie wir es gemeint haben. Wenn die Sache dann wirklich ernsthaft aufgefaßt wird, sind wir dann damit auf jenem Holz- oder Holzerweg<sup>2</sup>, auf dem sich der Bundesrat befindet? Ich will Ihnen nur zwei Beispiele nennen. Ich denke etwa an den Zementtrust. Die erste Veröffentlichung, welche die Schweizerische Preisbildungskommission als Schrift Nr. 1 herausgegeben hat, hat sich mit ihm befaßt, sie hat im Grunde genommen ein System volkswirtschaftlicher Korruption aufgedeckt, wie es schlimmer nicht sein könnte. (Zwischenrufe: Duttweiler und Schneider.) Lassen Sie doch Herrn Duttweiler schwätzen, er hat Fieber, er weiß nicht, was er spricht. Dieses System des Zementtrusts ist aufgedeckt worden, daß man der Öffentlichkeit andere Preise machte als den Privaten, daß Überkapitalisationen stattfinden, indem man durch üble Preisbildungen den Außenseiter erledigte und aufkaufte. Auf diese Art und Weise hat auch der Zementtrust während Jahren die ganze Bauwirtschaft beherrscht. Ich glaube auch, wir dürfen nicht ohne weiteres an der Tatsache vorbeigehen, daß auch während des Krieges der Zement nicht da war, solange die Preise tief standen, daß er aber zur Verfügung stand, sobald die Preise etwas gelockert wurden. Warum soll er nicht

---

<sup>2</sup> Die Botschaft des Bundesrates zur Initiative über «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» ist von Dr. Holzer entworfen worden. — V. G.

an eine Genossenschaft des gesamten Baugewerbes übergehen können, der Baumeister, der Architekten, der Bauarbeiter? Ich bin überzeugt, daß die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse besser befriedigt werden, wenn nicht die EG Portland mit ihrer Familienaristokratie den ganzen Zementtrust beherrscht, sondern wenn es wirklich eine Sache des ganzen Volkes, einer Genossenschaft des ganzen Volkes wäre.

Ich will Ihnen eine zweite Frage stellen. Wir stehen jetzt vor einer wahrhaft tragischen Entwicklung im Baugewerbe. Wenn die Bedürfnisse des privaten gewerblichen Baues, des öffentlichen Baues, des Wohnungsbaues und des Tiefbaues erfüllt werden sollten, dann müßte im Jahre 1947 ein Bauvolumen von 1720 Millionen Franken ausgelöst werden können. Für diesen Zweck stehen uns 72 000 Arbeiter zu wenig zur Verfügung. Wir müssen notgedrungen irgendwo einschränken. Wir haben vor einem Jahre uns bestrebt, um eine gewisse Disziplin ins Baugewerbe hineinzubringen. Diese Disziplin hat nicht gepaßt. Sie wurde ersetzt durch ein Versprechen unseres verehrten Kollegen Herrn Gysler. Ich mache ihm hier sowenig einen Vorwurf daraus, wie ich es anderswo getan habe, daß er sein Versprechen nicht halten konnte: Es gibt eben Kräfte, über die der Einzelne, auch als Präsident einer großen wirtschaftlichen Organisation, nicht gebieten kann, gegen die nur der Staat herrschen und planend eingreifen kann. Nun wird aber wieder die Frage kommen: Wie kommen wir mit den zu kleinen Arbeitermassen, dem zu wenigen Baumaterial aus, ohne daß die dringenden Bedürfnisse des Wohnungsbaues erfüllt werden können? Es wäre nur möglich, wenn der gewerbliche Bau, der sich zur Hälfte aus Steuerfluchtbauten zusammengesetzt hat, und der öffentliche Bau stark gedrosselt würden, obwohl der öffentliche Bau heute Schulhäuser und Spitäler haben muß. Er kommt darum nicht herem. Aber das wird nicht der Fall sein. Wir werden den öffentlichen Bau vielleicht drosseln können, und was er abgibt, wird der gewerbliche Bau um so mehr in Anspruch nehmen. Der Wohnungsbau wird wieder zu kurz kommen, und im nächsten Jahre werden wir vor einer ganz gewaltigen Wohnungsnot stehen, die Obdachlosigkeit in vielen Gemeinden schaffen wird. Wie wollen Sie hier durchkommen, ohne Planung, ohne staatlichen Eingriff, ohne Organisation des Baugewerbes in einem großen genossenschaftlichen Unternehmen?

Wir müssen hier eingreifen. Es ist nicht möglich, hier mit dem alten liberalen Gedankengut der Wirtschafts- und Gewerbefreiheit durchzukommen.

Ich könnte Ihnen andere Beispiele nennen. Ich verzichte darauf, der Zeit wegen. Wir haben im zweiten Absatz verlangt, daß das Kapital im Dienst der Arbeit stehen soll. Was ist daran falsch? Sie können dagegen erklären: Das Kapital steht nicht im Dienste der Arbeit. Dann haben Sie einen klaren

Standpunkt eingenommen. Darf ich Sie dann an unsere Erfahrungen mit den Banken zu Beginn der letzten Krise erinnern? Sie haben hier damals große Deklarationen von Vertretern der Banken gehört, die behaupteten, sie übernehmen die Verantwortung für das, was in der Bankenwelt geschehe. Als dann die Zusammenbrüche kamen, als wir nicht nur im Ausland Milliarden verloren, sondern auch mit guten Millionen des Schweizervolkes so und so viele Banken retten mußten, wo waren diese Verantwortlichen, die so willig die Verantwortung trugen? Hier im Saal hat sich keiner mehr gezeigt; wir mußten sie mit der Laterne suchen. Das Volk hat die Lasten damals getragen und trägt sie heute noch. Wenn es aber schon soweit ist, daß immer wieder das Volk die Lasten aufgebürdet erhält aus dieser Mißleitung der Wirtschaft, dann ist es ein Grundsatz der einfachsten Ethik, daß dem Volk auch zu Beginn die Verantwortung zustehen soll.

Man hat uns den Vorwurf entgegengeschleudert: Wir wollen ja mit der Handels- und Gewerbefreiheit abfahren. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich mit diesem Vorwurf nichts anfangen kann. Die Handels- und Gewerbefreiheit spielt für uns nicht diese grundsätzliche Rolle wie für Sie. Denn Sie fühlen immer noch die Gegensätzlichkeit zum alten Zunftstaat. Sie leben immer noch von den Ideen von 1848 und wollen nicht begreifen, daß wir in zwei Jahren 1948 schreiben werden. Es ist vollständig falsch, anzunehmen, daß wir als Sozialisten diese Gegensätzlichkeit mit Ihnen zu spüren hätten. Die alte Zunftverfassung ist für uns kein derartiges Schreckgespenst mehr, weil sie eine historische, überlebte Tatsache ist, sie droht uns nicht mehr. Aber eines droht uns: daß wir nicht begreifen, daß wir mit dem System der Handels- und Gewerbefreiheit selbst aufgeräumt haben. Wo war die Handels- und Gewerbefreiheit im Zementtrust, wo im Uhrentrust, wo in so und so vielen Beschlüssen von Verbänden zu finden? Sie mußten ja selbst damit aufräumen! Es nähme mich wunder, ob ich einen Vertreter bäuerlicher Richtung finden könnte, der hier noch zur Handels- und Gewerbefreiheit steht. Vielleicht wird sich Herr Reichling dazu bereitfinden, aber nicht deswegen, weil er innerlich ein Verteidiger der Handels- und Gewerbefreiheit wäre, sondern weil ihm etwas anderes vorschwebt: die Politik des Bürgerblocks gegen die Arbeiterschaft; vorschwebt, daß man im festen Bürgerblock wieder jene Politik der sanften Erpressung treiben kann, wie während Jahren, indem man dem schlotternden Bürgertum erklärt: Wir sind der große Widerstand gegen die Arbeiterschaft; wenn Sie uns nicht alles bewilligen, werden wir ja sehen, wohin wir treiben. Wenn ich die Bauernzeitung zitieren wollte mit ihren Drohungen an die Demokratie in der letzten Zeit, wo kämen wir da hin? Nein, Sie selbst haben den Liberalismus durch die Trusts, im Bauerngewerbe durch



die Verbände längst geopfert. Sie führen ihn nur noch als Drapierung und Tarnung im zukünftigen Wirtschaftsartikel mit, aber Sie denken nicht daran, ihn wieder ins Leben zu rufen.

Dieser Handels- und Gewerbefreiheit, die Sie auch im neuen Wirtschaftsartikel erbärmlich durchlöchert und geflickt haben, setzten wir ganz ruhig unser Postulat der sozialen Sicherheit überall entgegen. Ob wir zu ihr ohne oder mit Gewerbe- und Handelsfreiheit kommen, ist für uns irrelevant.

Es kann Zustände geben, wo wir zur Handels- und Gewerbefreiheit stehen für gewisse Zweige. Es kann aber Zustände geben, wo wir entschlossen Nein sagen müssen, wenn das öffentliche Wohl des ganzen Volkes gegen das Sonderinteresse und vielleicht das Familieninteresse im Spiele steht. Aber wir dürfen uns gegen den Vorwurf wehren, als ob wir mit unserer Initiative einem ungehemmten Etatismus den Weg ebnen wollten. Ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir nicht erst hier, sondern seit langem erklärt haben, daß unser Weg nicht über den Etatismus, sondern über die ausgebauten Genossenschaften führe. Und wenn ein Staat, der in seinem Namen den Titel Genossenschaft trägt, durch seine staatlichen Parteien diese Genossenschaftsidee vernichten und anklagen will, mögen sie es ruhig auf sich nehmen. Es geht uns nicht darum, staatliche Einrichtungen zu schaffen, sondern die Genossenschaftsidee, als Leitidee der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung, in den Vordergrund zu stellen.

Herr Favre hat anklagend den Finger erhoben und uns gesagt, wir vernichteten den Föderalismus. Nichts ist schief als dies. Wenn wir die Kantone zur Mitarbeit heranziehen, was immerhin Herr Favre hätte zitieren dürfen, tun wir es deswegen, weil wir überzeugt sind, daß ein einheitlicher Wirtschaftskörper eine einheitliche Wirtschaftsplanung verlangt, aber daß die Durchführung sehr wohl Sache der föderativen Gestaltung sein kann. Wir würden hier keinen andern Weg gehen als den, den so und so viele politische Bundeserlasse und Bundesgesetze eingeschlagen haben. Wir dürfen daher für uns in Anspruch nehmen, daß auch dieses Problem des Föderalismus für uns nicht das zentrale Problem ist. Wir sind kulturell sogar überzeugt und sind auch wirtschaftlich davon überzeugt, daß die Durchführung Sache der Kantone sein kann und sein muß und daß sie dem Bunde dabei helfen müssen.

Nun werden Sie ja, wie es die Botschaft tut, Hindernisse und Gefahren über Gefahren vor uns auftürmen. Wir erschrecken nicht darob. Was haben Sie für Gefahren an die Wand gemalt bei andern Begehren, die wir gestellt haben! Ich will Sie nur an drei Daten erinnern: Im Jahre 1920 haben Sie gegen die bescheidene Vermögensabgabe, die wir zur Tilgung der Bundes-

schuld vorgeschlagen hatten, einen Sturm entfacht, als ob die Schweiz am Untergehen wäre. Und heute haben Sie zum drittenmal eine Vermögensabgabe, das Wehropfer, durchgeführt, die viel weitergegangen ist als das, was wir 1920 verlangt hatten. Ich erinnere Sie an die zweite Tatsache: die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Ich will dabei die Drohung des Herrn Reichling einstweilen nur zur Kenntnis nehmen. Er irrt sich aber immerhin, wenn er glaubt, daß wir uns durch derartige Erpressungsmanöver in unserer Stellungnahme irgendwie beeinflussen lassen. Als wir im Jahre 1931 für die erste Vorlage eintraten, wie tönte es da aus den Kreisen heraus, die sich damals um Herrn alt Bundesrat Musy scharten. Sie haben heute auch diese Bedenken glattweg beseitigt. Sie haben sich nach fünfzehnjähriger Lehrzeit zur Idee der Versicherung bekannt. Ich will dankbar anerkennen, daß der Geist in diesem Saale ein anderer geworden ist. Aber ich will als letztes Beispiel an die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge erinnern. Als wir die Kriseninitiative lancierten, tönte es aus der Botschaft – damals redigiert von Herrn Bundesrat Schultheß –, daß die billigste Arbeitslosenfürsorge die Ausrichtung der Arbeitslosenentschädigung sei. Der Gedanke der Arbeitsbeschaffung in dem umfassenden Maße wie er heute anerkannt ist, wurde glattweg abgelehnt. Als wir 1937 die Arbeitsbeschaffungsinitiative lancierten, trat im Februar 1938 eine nationalrätliche Kommission zusammen unter der Leitung von Herrn Bundesrat Obrecht. Die Kommission hat damals mit allen gegen unsere vier Stimmen die Idee der Arbeitsbeschaffung abgelehnt. Die Botschaft des Bundesrates vom Jahre 1938 ist in diesem Saale nie zur Behandlung gekommen. Denn es kam der Untergang Österreichs als furchtbare Mahnung dazwischen, und im Juni 1938 hatten wir eine neue Botschaft des Bundesrates, welche dasjenige, was unsere Initiative, die noch im Januar abgelehnt worden war, verlangt hatte, voll erfüllte und mehr als das Doppelte hinzufügte. Und heute ist es eine anerkannte Tatsache, daß nicht die Arbeitslosenunterstützung, sondern die Arbeitsbeschaffung das ist, was einzig und allein vor unserem Staat und vor unserer Volkswirtschaft verantwortet werden kann. Die Tatsache, daß Sie heute eine Idee ins Leben gerufen haben, von deren Kühnheit wir im Jahre 1938 noch selbst zurückgeschreckt wären, einen Delegierten für Arbeitsbeschaffung zu ernennen, das zeugt doch davon, daß Sie auch hier die Idee anerkannt haben, die wir lancierten und die Sie zuerst abgelehnt hatten, welche Sie dann aber notgedrungen als richtig anerkennen mußten. Deshalb sind wir auch nicht erschreckt, wenn das Gedankengut, das in der Initiative enthalten ist, heute auf Ihren entschlossenen Widerstand stößt. Ich bin persönlich sogar überzeugt, und ich scheue mich auch nicht, das anzuerkennen, daß Sie mit allen Mitteln, die Ihnen zur Ver-

fügung stehen werden, eine Volksmehrheit gegen die Initiative wahrscheinlich werden heraufbeschwören können. Gut. Gewinnen Sie auch diese Schlacht noch. Sie haben zuerst die Schlacht gegen die Altersversicherung gewonnen. Sie haben die Schlacht gegen die Vermögensabgabe gewonnen. Sie haben die Schlacht gegen die Arbeitsbeschaffung gewonnen. Und am Schlusse standen wir als die Sieger da. So werden wir auch diesen Kampf jetzt vielleicht verlieren. Den einen entscheidenden Kampf aber, den Feldzug für eine soziale Gerechtigkeit, für eine Neue Schweiz, den werden wir gewinnen.

### *b) Votum von Willy Spühler<sup>3</sup>*

Herr Präsident, meine Herren!

Ist es Tatsache oder ist es bloß eine Fiktion, daß der Bundesrat über den Parteien steht? Diese Frage ist von jeher umstritten gewesen. Der Bundesrat selbst aber hat, wie mir scheint, von jeher Wert darauf gelegt, als über der Parteien Kampf und Hader stehend zu gelten. Diesen Anspruch wird er nach Vorlage des Berichtes über die Initiative, die wir jetzt zu behandeln haben, nicht mehr erheben können. Denn was er in diesem Bericht zusammengestellt hat, ist nicht mehr und nicht weniger als eine antisozialistische Streitschrift. Wer erwartete, er finde hier eine saubere, gründliche Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Grundsätzen der Initianten, sieht sich getäuscht. «Was vorhanden ist in unserem Staat, in unserer Gesellschaft, ist gut» – das ist der Grundgehalt der Schrift. «Wir wollen nichts Neues!» Inhalt und Tenor der Rede des Referenten lauten: «Wir wollen keine Überprüfung der wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen des Bundes.» Es wird nicht der Versuch unternommen, den Kurs der Wirtschaftspolitik irgendwie zu klären und auf ein eindeutiges Ziel auszurichten. Dem Bericht fehlt die große, tragende Idee. Sie *muß* ihm fehlen, weil er nur eine Darstellung der bundesrätlichen Politik der Gegenwart und der letzten Jahre ist. Deshalb legt man den Bericht unbefriedigt und mit Mißbehagen beiseite. Dementsprechend ist die Auseinandersetzung mit der Initiative von einer Kleinlichkeit, die selbst jenen überraschen muß, der einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt des Bundesrates erwartete. Eine solche Selbstsicherheit und Selbstgerechtigkeit wirkt irgendwie peinlich.

Es ist bereits in der bisherigen Diskussion von unserer Seite darauf hingewiesen worden, daß der Bericht im großen und ganzen nicht sagt, was die

---

<sup>3</sup> Nationalrat, 13. Dezember 1946, nach Stenogramm, etwas gekürzt.

Initianten wollen, sondern was ihnen möglicherweise einfallen könnte. Deshalb kommt der Bundesrat gegen den Schluß seines Berichtes auch zum schönen Satz: «Auch bei bester Absicht der Initianten könnte sich leicht die vorgeschlagene Verfassungsrevision als ein Teil von jener Kraft erweisen, die das Gute will, aber das Böse schafft.» Die Grundhaltung des Berichtes ist die: Gewiß hat die gegenwärtige Ordnung einige Mängel, aber sie sind nicht so schlimm, daß wir deswegen eine Wirtschaftsreform durchzuführen brauchten. Der Standpunkt des Bundesrates kommt zum Ausdruck in der Erklärung, «daß grundsätzlich die freie Entfaltung der individuellen wirtschaftlichen Kräfte und der sich daraus ergebende Wettbewerb aus dem Gesichtspunkt der allgemeinen Volkswohlfahrt die zweckmäßigste Ordnung des Wirtschaftslebens darstellt». Der Bundesrat überläßt «die wirtschaftliche Initiative und damit auch in erster Linie die Sorge für ihre wirtschaftliche Existenz den einzelnen Staatsbürgern. Es ist vor allem der Einzelne, der die Verantwortung für seine wirtschaftliche Existenz und sein Vorwärtskommen tragen soll».

Das sind die Grundsätze, auf denen der Bericht des Bundesrates aufbaut und auf denen die bisherige Wirtschaftsverfassung ruht. Es sind Grundsätze, die zweifellos ihre Berechtigung hatten im Zeitalter der handwerklichen Arbeit und in jenen Zeiten, da die Bundesverfassung aufgestellt wurde, niemals aber in der Zeit des modernen Industrie- und Finanzkapitalismus. Ein sonderbarer Doktrinarismus kommt darin zum Ausdruck, daß man Zehntausende von Arbeitern und Angestellten in einer Gesellschaft, die periodisch von Krisen und Arbeitslosigkeit heimgesucht wird, in bezug auf die Sicherung ihrer Existenz auf ihre eigene Verantwortung verweisen will. In einer Gesellschaftsordnung, in der jeder, der arbeiten will, auch mit seiner Hände Arbeit sich und seine Familie anständig erhalten kann, ist es richtig, die Sorge für seine wirtschaftliche Existenz dem Einzelnen zu überlassen. In einer Gesellschaftsordnung aber, in der die Arbeitsmöglichkeit nicht sicher ist, da wirkt der vom bundesrätlichen Bericht geprägte Satz, daß die Sorge für ihre wirtschaftliche Existenz den einzelnen Staatsbürgern überlassen bleibe, zynisch und revoltierend.

Demgegenüber steht die Initiative auf dem Standpunkt, daß die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrzehnte und die theoretische Klärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge beweise, daß der Einzelne für seine wirtschaftliche Sicherheit nicht oder nur zum geringen Teil verantwortlich gemacht werden kann. Nach der Überzeugung der Initianten können die wirtschaftlichen Störungen nur behoben, die wirtschaftliche Sicherheit der Masse der Arbeitenden nur hergestellt werden, wenn in das Wirtschaftsleben das Prinzip der Ordnung und der Planung gebracht wird.

Wenn wir nicht weiterhin uns an die Kette von Krisen und Kriegen legen wollen, so haben wir keine Wahl zwischen der geplanten, geregelten Wirtschaft und dem sogenannten freien Spiel der Kräfte. Ob es dem Einzelnen paßt oder nicht, die nächsten Jahrzehnte werden im Zeichen der Wirtschaftslenkung stehen. Wer mit wachen Augen die Vorgänge im Ausland betrachtet, wird sich dieser Tatsache nicht entziehen können. Es wäre sehr interessant und für Unvoreingenommene von zwingender Überzeugungskraft, die Grundsätze der neueren Wirtschaftspolitik und die Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftsorganisation in Großbritannien, Frankreich, der Tschechoslowakei, Norwegen, Ungarn und andern Staaten zur Kenntnis zu nehmen. Leider ist der bundesrätliche Bericht auch in dieser Hinsicht recht dürftig und läßt eine gute, überblicksweise Darstellung der Wirtschaftsplanung im Ausland vermissen. Daß aber im Ausland auch außerhalb der sozialistischen und Arbeiterparteien weite Kreise die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Planung im großen einsehen, wird bestätigt durch einen aufsehenerregenden Vortrag, den im Februar dieses Jahres der Chefredaktor des Londoner «Economist», Crowther, in Zürich vor Industrie- und Handelskreisen gehalten hat. Er stellte fest, daß die sogenannte freie Wirtschaft versagt habe, daß Wirtschaftskrisen und damit Arbeitslosigkeit nicht mehr tragbar seien; auch nach ihm dürften weite Bezirke wirtschaftlicher Betätigung, mehr oder weniger die gesamte Produktion, die auf Befriedigung unserer elementaren Lebensnotwendigkeiten gerichtet ist, der Sphäre der freien Wirtschaft entzogen werden.

Die Aufgabe, die unserer Generation gestellt ist, besteht darin, in ehrlichem Ringen und ohne doktrinären Schematismus Mittel und Wege zu finden, wie die unabweisbar notwendige Lenkung der Wirtschaft in möglichst freiheitlichen und lebendigen Formen durchgeführt werden kann. Ich betrachte es als eine große Tragik, daß bei uns aus doktrinärem Beharrungsvermögen und wirtschaftspolitischer Starrheit große Teile gerade der Mittelschichten unseres Volkes ideologisch noch in den Grundsätzen der liberalen Wirtschaftsauffassung verstrickt bleiben, aber praktisch mit den Ergebnissen dieses wirtschaftlichen Standpunktes unzufrieden sind und Lösungen verlangen, die nur auf dem Weg der Wirtschaftslenkung erreichbar sind. Dieser Zwiespalt rührt davon her, daß diese Kreise wirtschaftliche Planung mit Unfreiheit und Zwang gleichzusetzen geneigt sind, eine Vorstellung, die bewußt, eifrig und mit allen Mitteln gepflegt wird von den kapitalistischen Schichten, die Profit und Macht in der geplanten Wirtschaft bedroht sehen.

Dieses Ammenmärchen vom fundamentalen Widerspruch zwischen geplanter Wirtschaft und persönlicher Freiheit hat auch, wie nicht anders zu erwarten war, Eingang gefunden in den bundesrätlichen Bericht zur Initiative,

ja diese Mär drückt dem Bericht überhaupt den Stempel auf; alles andere ist nur Beiwerk. Wie ein roter Faden zieht sich die Behauptung durch den Bericht, daß «die Maßnahmen planwirtschaftlichen Charakters mit der Wahrung der persönlichen Freiheit, wie sie vom Schweizervolk bisher verstanden wurde, nicht mehr verträglich sind». An einer andern Stelle behauptet der Bundsrat: «Der Kampf um die Einschränkung oder gar Abschaffung der Handels- und Gewerbefreiheit rührt an die Wurzel unseres gegenwärtigen Staats- und Rechtssystems; eine planwirtschaftliche Regelung, wie sie in der Initiative zum Ausdruck kommt, müßte zu grundsätzlich willkürlicher Einschränkung der das Fundament unserer Wirtschaftsverfassung bildenden persönlichen Freiheit führen.» An Erklärungen dieser kategorischen Art ist der Bericht reich; den Beweis für die Richtigkeit jener Behauptung hat er aber nicht erbracht. Eine Behauptung wird aber nicht richtiger dadurch, daß sie mehrmals wiederholt und in apodiktischer Art aufgestellt wird.

In Anlehnung und Abwandlung jenes Satzes des Berichtes, wo gesagt wird, die Initianten «postulieren die Verstaatlichung auf Grund einer Theorie, welche glaubt, gewisse Schäden, die unserm Wirtschaftssystem anhaften, nur durch Abschaffung dieses Systems beheben zu können», könnte man sagen: Der Bundesrat verteidigt die Wirtschaftsfreiheit auf Grund einer Theorie, welche glaubt, die Vermehrung gewisser Schäden, die unserm Wirtschaftssystem anhaften, nur durch Beibehaltung dieses Systems verhindern zu können.

Wie verhält es sich in Wirklichkeit mit der Freiheit im heutigen Wirtschaftssystem und in dem der planwirtschaftlichen Demokratie? Der Begriff der Freiheit verändert sich mit der historischen Entwicklung und mit der sozialen Lage. Die Freiheit wird von einem ungelerten Arbeiter ganz anders beurteilt als von einem Fabrikbesitzer. Frei fühlt sich der private Unternehmer, wenn er ohne jede staatliche Einmischung wirtschaften und einzig nach der Marktregel von Angebot und Nachfrage seine Gewinne erzielen kann. Weil aber der private Unternehmer sieht, daß in all den Ländern, wo der Staat sich in die Tätigkeit der Unternehmer einmischt, die Freiheit des Profiten eingeschränkt wird, so folgert er daraus, daß das Maß bürgerlicher Freiheit abnimmt mit der Zunahme der wirtschaftlichen Einmischung des Staates. In der heutigen rein politischen Demokratie bedeutet Freiheit, daß sich die Staatsgewalt nicht einmischt in die Freiheit der Besitzenden, von ihrem Eigentum nach Gutdünken Gebrauch zu machen. Diese Freiheit geht aber für die Masse der besitzlosen Arbeiter und Angestellten parallel mit wirtschaftlicher Unsicherheit und mit Unfreiheit, denn das Persönlichkeitsrecht der freien Verfügung über die eigene Arbeitskraft ist der Natur der Sache nach immer nur ein sehr bedingtes gewesen. In der hochentwickelten modernen Wirtschaft

mit ihrem Wechsel von Konjunktur und Krisen schlägt es sehr leicht in die Freiheit zu verelenden um.

Die Freiheit der Arbeitskraft liegt in der Sicherung der Arbeit und in der Wahrung der menschlichen Würde des Arbeiters im Arbeitsverhältnis. Die Stellung des Arbeiters der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung ist gekennzeichnet durch Unfreiheit in der Freiheit. Im Betrieb, im Arbeitsleben ist er unfrei, in seinem Privatleben außerhalb seiner Arbeit ist er frei, ist er im Besitz seiner persönlichen Freiheitsrechte. Diesen Zustand der dauernden Spannung zwischen Freiheit und Unsicherheit aufzuheben durch Schaffung der sozialen Sicherheit, ist der Sinn des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterschaft. Ein Teil dieses Kampfes geht um die Arbeitssicherung, um das Recht auf Arbeit. Arbeitssicherung ist Beseitigung der Ungewißheit der Existenz. Sie ist nur möglich durch bewußte Wirtschaftslenkung. Erst wenn dadurch soziale Sicherheit geschaffen wird, kann auch die Arbeitsordnung innerhalb des Betriebes, in dem der Einzelne arbeitet, freiheitlich und menschlich würdig gestaltet werden. Wenn der Arbeiter am Betriebsleben tätigen Anteil nehmen kann und nicht bloß passiv das betriebliche Herrschaftsverhältnis, das zwischen Arbeiter und Arbeitgeber besteht, erduldet, wächst er aus der erzwungenen Unterordnung in eine selbstgewählte genossenschaftliche Arbeitsdisziplin hinein. Das Ziel einer freiheitlich-genossenschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeit im Betriebe ist nur erreichbar auf der Grundlage gesicherter Arbeit im Rahmen einer geplanten Wirtschaft. Dadurch erst werden die Voraussetzungen geschaffen zu größerer Freiheit in dem entscheidenden Gebiet, in dem sich das tägliche Leben des Arbeiters und Angestellten zur Hauptsache abspielt, nämlich in der Berufsarbeit. Die Schlußbemerkungen des bundesrätlichen Berichtes stellen deshalb die Wirklichkeit auf den Kopf, wenn sie behaupten: «Selbst wenn es möglich wäre, die Mängel der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu beseitigen, so müßten die damit erreichten Vorteile mit Freiheitsbeschränkungen erkaufte werden, durch welche die Vorteile mehr als aufgehoben würden.»

Der Bericht sagt, die Initiative biete eine «vorzügliche Handhabe für eine revolutionierende Umgestaltung unserer Wirtschaftsverfassung im Sinne einer umfassenden und schrankenlosen Planwirtschaft». Damit soll wohl dem friedliebenden Bürger das Gruseln beigebracht werden. Wie Herr Kollege Reinhard gesagt hat, ist damit bereits die Linie des Kampfes, wie ihn die Mehrheit zu führen gedenkt, für die Volksabstimmung gezeichnet. Soll in der Abstimmung wiederum mit dem Bürgerschreck Stimmung gemacht werden? Soll und will sich Herr Haeblerin etwa als bewährter Propagandachef in solchen Dingen etablieren? Wir scheuen die Auseinandersetzung nicht, und wir sind

bereit, diese mit aller Schärfe zu führen. Dann wird die Auseinandersetzung allerdings nicht in der ruhigen akademischen Art wie hier im Parlament erfolgen. Es wird uns dann nicht fehlen an konkreten eindringlichen Beispielen des Unvermögens, der Mißwirtschaft und der Profitsucht. Wir machen kein Hehl daraus: Jawohl, wir *wollen* letzten Endes eine umfassende Änderung der Wirtschaftsverhältnisse, wir wollen sie, wie seinerzeit das aufstrebende Bürgertum im letzten Jahrhundert eine revolutionierende Umgestaltung der Wirtschaft angestrebt und mit Hilfe der Arbeiter durchgeführt hat. Wir wollen diese Umgestaltung, weil sie notwendig ist, wenn wir dem ganzen Volk, den Arbeitern und Bauern, den Angestellten und den kleinen Leuten im Gewerbe mehr Sicherheit, mehr Wohlstand und mehr Lebensfreude geben wollen. Nicht aus Doktrinarismus wollen wir eine Änderung vornehmen, sondern weil die heutige, auf der Handels- und Gewerbefreiheit beruhende Wirtschaftsverfassung in bezug auf die Verteilung der Güter nicht mehr Schritt hält mit der uns zur Verfügung stehenden Produktionskraft.

Unserem Begehren nach Durchführung einer Wirtschaftsreform stellt der Bundesrat immer wieder die Wirtschaftsartikel als die Lösung des Augenblicks gegenüber. Schon vor einem Jahre, bei den Beratungen unseres Rates über die Wirtschaftsartikel, haben wir erklärt, daß sie keine genügende verfassungsmäßige Grundlage für die Erfordernisse auch nur der allernächsten Zukunft zu geben imstande seien. Herr Kollege Condrau hat gestern gesagt, die Wirtschaftsartikel seien der beste Gegenvorschlag gegen unsere Initiative. Ich wundere mich, warum man dann nicht daraus die Konsequenz gezogen hat, beides, die Wirtschaftsartikel und unsere Initiative, gleichzeitig zur Volksabstimmung zu bringen, und warum man dieses mühevollen Hindernissen durchzuführen will, von dem Herr Condrau gestern ebenfalls gesprochen hat. Er hat gesagt – er war nicht der einzige, auch Herr Favre hat den Gedanken geäußert –, es habe viel guter Wille in der Kommission bestanden, goldene Brücken zum Rückzug der Initiative zu schlagen. Jawohl, die Kommissionsmehrheit hat den Rückzug angetreten. Es hat wohl ursprünglich ein gewisser Wille bestanden, uns entgegenzukommen, aber die Protokolle beweisen, daß von einer Sitzung zur andern diese Konzessionen, eine nach der andern, widerrufen worden sind. Die Wirtschaftsartikel leiden an der inneren Zwiespältigkeit zwischen der Theorie der Wirtschaftsfreiheit und der Praxis des staatlichen Eingriffes am laufenden Band, gewissermaßen aus höherer Staatsraison. Sie leiden an der Zwiespältigkeit, daß die Handels- und Gewerbefreiheit grundsätzlich aufrechterhalten und als Individualrecht proklamiert wird, gleichzeitig aber erklärt wird, daß sie für große Gebiete unserer Wirtschaft aufgehoben werden könne. Wenn man das Prinzip der Handels-



und Gewerbefreiheit aufheben will, weil das Ziel des höchstmöglichen Ertrages beim geringsten Aufwand nicht erreicht wird, muß es ersetzt werden durch das Prinzip der bewußten Ordnung und Planung. Artikel 31<sup>bis</sup> zählt die Fälle auf, in denen von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden kann. Dieser Artikel läßt aber irgendwelche planmäßige Entwicklung und aktive Förderung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes vollständig vermissen. Man spricht dort nur von der Erhaltung gefährdeter Wirtschaftszweige, von der Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, vom Schutz wirtschaftlicher Landesteile usw. Nach diesem Artikel 31<sup>bis</sup> hat überall dort, wo von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden soll, auf der ganzen Linie eine Politik der Abwehr, der Protektion, der Konservierung, nicht etwa eine aktive aufbauende Wirtschaftspolitik zu treten. Damit soll der schlimmste Staatsinterventionismus, den man sich vorstellen kann, weitergeführt werden, nämlich derjenige staatlicher Eingriffe in Einzelfällen und ohne inneren Zusammenhang, derjenige von Einzelregulierungen und von einer behelfsmäßigen Planung ohne Plan.

Sie werden dem Bericht des Bundesrates zustimmen und unsere Initiative dem Volk zur Ablehnung empfehlen. Aber Sie werden ob Ihres Augenblickserfolges weder stolz noch froh werden können. Sie können mit den bisherigen Mitteln auf die Dauer nicht mehr regieren, das Volk hat kein Vertrauen mehr in diese Politik, die im Grunde genommen nur darauf ausgeht, das Bestehende zu wahren und zu verewigen. Eine immer wachsende Zahl von Bürgern, wenn nicht gar die Mehrheit, fühlt, daß der heutige Gesellschaftszustand bis in seine Grundfesten ungerecht ist. Die Furcht vor der Zukunft, die Furcht vor der Not hat zu viele Menschen erfaßt. Nur aus dieser Furcht heraus ist das gewaltige Sehnen nach der Altersversicherung überhaupt zu verstehen. Die allgemeine Furcht zu beheben ist nur möglich durch Schaffung eines neuen sozialen Gleichgewichtes unter allgemeiner Zustimmung. Es mag sein, daß eine neue Blüteperiode, wie wir sie augenblicklich durchmachen, die Menschen verleitet, ohne Revision der gesellschaftlichen Grundlagen weiterzuleben. Wenn diese Prosperität aber vorbei sein wird, wird der Katzenjammer nur um so größer und das Verlangen nach Neuordnung nur um so ungestümer sein. Es ist denkbar, daß dieses Verlangen dann Formen annimmt, die heute sich wenige nur vorstellen und die kaum jemand unter uns sich wünscht. Manches, das, wenn es heute konzidiert würde, als entscheidender Beitrag zur Lösung von Zukunftsaufgaben anerkannt würde, könnte dann als zu leicht befunden werden.

Sie haben die Kriseninitiative als wirtschaftlichen Unsinn und vaterländische Gefahr seinerzeit angeprangert, um ganz rasch darauf den wesentlichen

Inhalt jener Initiative selbst in die Tat umzusetzen. Sie haben unser seinerzeitiges Begehren nach umfassender Arbeitsbeschaffung als ökonomisch und finanziell untragbar und unwirklich hingestellt, um später ein millionenschwereres Programm aufzustellen. Es ist sicher nicht unbescheiden, zu glauben, daß sich derselbe Vorgang auch mit der vorliegenden Initiative wiederholt. Die Frage ist nur die, ob der Lauf der Entwicklung uns die Muße zu diesem Spiel läßt.

Darüber wird die nächste Zukunft entscheiden.

JON KIMCHE

## *Die Türkei zwischen Osten und Westen*

Das Auswärtige Amt in London und die britische Botschaft in Ankara sind nicht einig über die Einstellung Großbritanniens zur Türkei. Sollte die Türkei unter die Balkanvölker oder aber unter die Staaten des Mittleren Ostens eingereiht werden? Man hat sich für den Balkan entschieden, was grundfalsch ist, wie man sich an Ort und Stelle überzeugen kann. Die Türkei hat mit dem Balkan wenig gemein, und noch weniger mit den Araberstaaten des Mittleren Ostens. Die Türkei ist einfach die Türkei.

Weder geographische noch politische Begriffe reichen aus, um ihre Lage in der Welt von heute klarzumachen, oder um die Bedeutung ihrer Stellung richtig einzuschätzen. Die Türkei ist heute das einzige Land, wo das Gewicht der internationalen Machtverhältnisse der Nachkriegszeit noch in der einen oder der andern Richtung den Ausschlag geben kann. Überall sonst in der Welt ist nach der ängstlichen Ungewißheit des ersten Nachkriegsjahres, trotz steten Alarmnachrichten, eine gewisse Stabilisierung eingetreten: Deutschland ist aufgeteilt, der Balkan und Polen haben sich den Russen, Italien und Griechenland der westlichen Sphäre angeschlossen.

Mit dieser Aufteilung müssen sich die Mächte notgedrungen abfinden; vorläufig sind sie nicht in der Lage, etwas daran zu ändern. Die Türkei hat sich, als einziger von den unabhängigen Staaten an der Peripherie Rußlands, weder vom einen noch vom andern Block absorbieren lassen. Sie hat sich erstaunlich frei erhalten vom russischen Einfluß — wenn auch, zugestandenmaßen, ihre Regierung im Laufe der Zeit immer eindeutiger auf die moralische und materielle Unterstützung Großbritanniens und Amerikas